

Dr. Stefan Meetschen,
Journalist und Autor, Warschau

GLOBALISIERUNG MIT GRENZKONTROLLEN?

Vor 20 Jahren wurde der Deutsch-Polnische Grenzvertrag unterzeichnet. Die Grundlage für die erfolgreiche Annäherung der beiden Nachbarländer. Der polnisch-ukrainische Grenzvertrag ist dagegen in eine Sackgasse geraten. Trotz Hilfe und Unterstützung aus Brüssel. Wie geht es weiter mit der Ukraine? Rückt sie stärker nach Russland?

In diesen Tagen, am 14. November 2010, jährt sich zum zwanzigsten Mal der deutsch-polnische Grenzvertrag. Ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze, ein Vertrag, der die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen und damit auch einen Gewaltverzicht darstellt.

Ein Vertrag, der nicht nur zur endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als westliche Grenze Polens führte, sondern auch den wesentlich komplexeren Nachbarschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vom 17. Juni 1991 vorbereitete. Ein Vertragswerk, das einen intensiven Austausch beider Länder auf praktisch allen gesellschaftlichen Feldern vorsah und einleitete. Heute, 20 Jahre später, nachdem Polen inzwischen auch der Europäischen Union und dem Schengen-Raum angehört und die Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen seit fast drei Jahren jedenfalls offiziell vorbei sind, gilt das deutsch-polnische Verhältnis in Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur – trotz kleinerer Reibereien, wie sie bei Nachbarn üblich sind – als Modell für die Entwicklung von historisch belasteten Beziehungen zwischen Nationen hin zu einer friedlichen und intensiven Kooperation zwischen demokratischen Staaten.

So weit geht die Kooperation inzwischen, dass sich erst vor wenigen Tagen, am 14. Oktober 2010, der deutsche Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière in den Grenzstädten Görlitz und Zgorzelec mit seinem polnischen Amtskollegen Jerzy Miller traf, um sich über die Intensivierung der Zusammenarbeit im Grenzraum beider Länder auszutauschen. "Es hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren – seit dem Schengen-Beitritt Polens – viel getan und es hat viele Fortschritte gegeben. So hat die

Grenzöffnung neben den täglich für die Menschen spürbaren Vorteilen, die der grenzüberschreitende Verkehr und Handelsaustausch bietet, auch die Zusammenarbeit zwischen den Behörden erheblich erleichtert”, stellte de Maizière fest und zeigte sich beeindruckt von der großen Zahl polnischer Polizeibeamter, die in bestem Deutsch mit ihren deutschen Kollegen kommunizieren.¹ Miller pflichtete ihm bei, wies auf die Verdienste aller Beteiligten hin und sagte: “Die Bevölkerung hier ist schengenreif. Das sind die Früchte der letzten 20 Jahre.”²

Der Oberbürgermeister von Görlitz, Joachim Paulick, äußerte den Wunsch, in Zukunft die Zusammenarbeit der deutschen und der polnischen Sicherheitskräfte im Grenzgebiet weiter auszubauen und auf eine breitere vertragliche Grundlage als bisher zu stellen. Denn: Auch wenn die Gesamtkriminalität im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern insgesamt rückläufig ist, stellt ein starker Anstieg der Zahl der Autodiebstähle an der deutsch-polnischen Grenze aber auch in grenzfernen Gebieten ein ernstes Problem dar.

“Hier ist entschlossenes Handeln von Polizei und Verwaltung in Deutschland und Polen erforderlich – und zwar nicht nur kurzfristig mit Einzelaktionen, sondern mittel– bis langfristig mit einem breit angelegten Maßnahmenkatalog”, sagte der Bundesinnenminister gegenüber den Medien und nannte neben polizeilichen Maßnahmen und einer engen Kooperation mit den Fahrzeugherstellern und Versicherungsgesellschaften einen weiteren wichtigen Baustein im Gesamtkonzept, der künftig die Zusammenarbeit der deutschen und der polnischen Polizei – und damit die Kriminalitätsbekämpfung im Grenzgebiet – weiter erleichtern soll.³

Nämlich: De Maizière und Miller stellten für die Zukunft einen aktualisierten deutsch-polnischen Polizeikooperationsvertrag in Aussicht, der u. a. regeln soll, unter welchen Bedingungen Hoheitsakte des jeweils anderen Staates vorgenommen werden können. Dadurch soll die bewährte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden im Grenzgebiet erweitert werden. Bis Ende 2011 soll dieses Vorhaben verwirklicht werden. Sprich: Deutsche Polizeieinsätze in Polen, polnische Polizeieinsätze in Deutschland sind vielleicht schon bald Realitätsszenarien, so unglaublich dies für ältere Generationen auch klingen mag.

Nun kann man sich natürlich trefflich fragen und hoffentlich nicht zu sehr darüber streiten, inwieweit die Gesamtentwicklung der deutsch-polnischen

¹ “Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum”: Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 14.10.2010.

² Ebd.

³ Ebd.

Erfolgszusammenarbeit der letzten beiden Jahrzehnte das selbst gemachte Produkt zweier Staaten ist oder sozusagen das Ergebnis weitläufiger politischer Entwicklungen auf europäischer oder sogar globaler Ebene. Fest steht: Schon der deutsch-polnische Grenzvertrag war alles andere als ein Deal zwischen zwei Nationen. Auch wenn damals, 1990, die deutschen Feuilletons ebenso wie die deutschen Politiker noch ohne den allmächtigen Begriff der "Globalisierung" leben, reden und schreiben mussten.

Der erste polnische Verhandlungsführer bei beiden Verträgen, dem Grenz- und dem Nachbarschaftsvertrag, Prof. Dr. Jerzy Sulek, hat erst vor kurzem in einem Interview betont: "Im Frühjahr 1990 fuhr Kanzler Helmut Kohl in die USA und bekam vom Präsidenten zu hören, dass Deutschland die Grenze zu Polen anerkennen sollte, weil es andernfalls mit der Einheit der beiden deutschen Staaten Schwierigkeiten geben könnte."¹

In der Tat musste Bundeskanzler Helmut Kohl damals versuchen, alle anstehenden vertraglichen Fragen – von der Grenzankennung bis hin zum Vertrag über den Abzug der Roten Armee – in einem Paket zu verhandeln, um die für Deutschland unappetitliche Forderung nach einem Friedensvertrag aus der Welt zu schaffen. Ein Friedensvertrag mit Reparationsleistungen in Milliardenhöhe – am Kriegsende bestand die Allianz gegen das Deutsche Reich ja aus ungefähr 100 Verbündeten, die jetzt alle hätten entschädigt werden müssen – wäre finanziell nicht zu schultern gewesen. Ergo musste die Alternative – jeweilige bilaterale Vereinbarung – zu einem Paket geschnürt werden. Das ging nur mit Zustimmung der seinerzeitigen europäischen und amerikanischen Kriegsgegner. Also auf europäischer und globaler Ebene.

Kohl hat damals alles zusammen verhandelt: Einigungsvertrag, Grenzvertrag, Abzugsvertrag, Nato-Beitritt usw., was eine strategische und diplomatische Meisterleistung war. Denn natürlich wollten alle mehr Geld sehen. Angesichts der Kosten, die durch die Wiedervereinigung innerdeutsch zu erwarten waren, eine nicht zu befriedende Erwartung. Fest steht: Wenn die ehemalige DDR nicht unter die Obhut der Nato gekommen wäre, dann wäre Polen heute noch kein Mitglied der Nato. Was man in Polen auch weiß und schon damals wusste. Kohl hat Polen die Tür geöffnet durch seine – auch gegen Gorbatschows Vorstellung – durchgesetzte Haltung, das wiedervereinigte Deutschland uneingeschränkt der Nato zu unterstellen. Denn vergessen wir im blendenden Licht des Charismas von Gorbatschow nicht: Die Russen wollten Mitteleuropa

¹ "Schwierige Gespräche erfolgreich abgeschlossen". Gespräch mit Prof. Dr. Jerzy Sulek, erster Verhandlungsführer bei beiden Verträgen. In: Nowa Trybuna Opolska, 29.09.2010, S.4 (Übersetzung: ELF).

zu einer neutralen Zone machen – nach dem Vorbild Österreichs! Auch aus diesem Grund war man in Polen so entgegenkommend und konstruktiv. Den polnischen Politikern war bewusst: Nur eine deutsche Wiedervereinigung führt schnurstracks zu einer europäischen Wiedervereinigung. Und umgekehrt war den Deutschen klar: Eine Überwindung der deutschen Teilung ist nur möglich als Teil der Überwindung der europäischen Spaltung¹. In der globalisierten Wirtschaft von heute nennt man das wohl eine win-win-Situation.

Die polnisch-ukrainische Grenzsituation war und ist allerdings eine vollkommen andere: Die polnisch-ukrainischen Beziehungen auf der Staatsebene gelten als vorbildlich und werden von vielen polnischen Politikern als Muster für die Nachbarschaftspolitik im Osten dargestellt. Im Mai 1992 schloss Polen mit der Ukraine als erstem östlichem Nachbarland einen Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit auf der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebene. Beide Seiten erkannten die neue polnisch-ukrainische Grenze an,

mit 526 Kilometern der längste Abschnitt der Ostgrenze Polens, und stellten fest, dass sie keine territorialen Forderungen haben. Seitdem werden polnisch-ukrainische Kontakte vor allem auf der politischen Ebene intensiv entwickelt. Sie spiegeln sich zum Beispiel in relativ häufigen Treffen der Präsidenten beider Staaten wider².

Eine Zeitlang sprach man sogar häufig von einer “strategischen Partnerschaft” Polens und der Ukraine, seit dem EU-Beitritt Polens allerdings weniger. Man versuchte das Modell, das für die deutsch-polnische Annäherung genutzt wurde, auf die polnisch-ukrainischen Beziehungen zu übertragen, was aufgrund der völlig unterschiedlichen politischen und militärischen Bündnis-Historien der drei Länder wahrscheinlich ein Fehler oder einfach nur naiv war. Da half es auch nichts, dass Tadeusz Mazowiecki, der polnische Premier in den Jahren 1989-1990, in einem im Februar 2004 im Präsidentenpalast gehaltenen Vortrag feststellte, dass die polnisch-ukrainische Versöhnung der letzten Jahre viel zum friedlichen Europa beigetragen habe. Auch dass die orangefarbene Revolution in der Ukraine 2004 in Polen wie in ganz Europa mit Solidaritätsgefühlen begleitet wurde, hat sich unterm Strich nur bedingt für die Ukraine ausgezahlt. Doch: Die offizielle Zusammenarbeit auf der staatlichen Ebene zwischen

¹ Felix Escher und Jürgen Vietig: Deutsche und Polen. Berlin: Nicolaische Buchhandlung, 2002, S. 210f..

² Klaus Ziemer: “Osten ist nicht gleich Osten. Die Beziehungen Polens zur Ukraine, zu Weißrussland und Litauen”, in: Ziemer (Hg.): Schwierige Nachbarschaften: die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989. Marburg 2001, S. 57-75, hier S. 60.

Polen und der Ukraine wurde auch auf die regionale Ebene übertragen. In der polnisch-ukrainischen Grenzregion wurden zahlreiche bilaterale Initiativen in den Bereichen Bildung, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft ergriffen. Besonders gut entwickelt sind Kontakte zwischen polnischen und ukrainischen Schulen, Kulturinstitutionen, Museen, aber auch mittleren und kleinen Unternehmen in der Region Przemysl und Mosciska. Das Kulturzentrum in Przemysl unterhält lebendige Beziehungen zur Philharmonie, zum Orchester und zum Theater in Lemberg.¹ Aber auch in Lublin sorgt die Stiftung "Kultury Duchownej Pogranicza" für einen regen und segensreichen Austausch zwischen Vertretern beider Länder und deutschen Gästen.

Diese offizielle Zusammenarbeit auf der staatlichen und regionalen Ebene hat sich auf die Qualität und Intensität der Kontakte in der Grenzregion sowie die Überwindung der gegenseitigen Vorurteile und Animositäten zwischen Polen und Ukrainern aber bisher leider nur begrenzt ausgewirkt.

Umfragen in Polen ergeben in schöner Regelmäßigkeit, dass die Mehrheit der Polen die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ukraine zwar unterstützt, sich aber gleichzeitig für die Visumpflicht für die Ukrainer ausspricht. Viele der befragten Polen wollen sogar, dass die Vorschriften für das Erhalten des Visums möglichst streng bleiben, damit sich Polen von der Ukraine "effektiv abgrenzt". Das Bild der Ukraine ist in Polen sehr negativ, und die Ukrainer werden von vielen verächtlich "Ruski" genannt. Anders sieht es in der Ukraine aus, wo fast 90 Prozent der befragten Personen positive, beziehungsweise neutrale und nur 10 Prozent negative Vorstellungen von Polen und dessen Bewohnern haben. Polen gilt als europäisch, was anziehend wirkt für Geschäfte.

Doch wie sieht es aus mit diesen Geschäftsmöglichkeiten zwischen Polen und der Ukraine im Zeitalter der Globalisierung? Im Zeitalter des scheinbar unbeschränkten transnationalen Handels? Die Zahl der Grenzübertritte aus der Ukraine nach Polen ist seit der Einführung der polnischen Visumvorschriften am 1. Oktober 2003 deutlich zurück gegangen ist. Trotz der Versicherung des damaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski, dass die Einführung der Visumpflicht keine negativen Auswirkungen auf die polnisch-ukrainische Zusammenarbeit haben werde. Die wirtschaftliche Begegnung zwischen Polen und Ukrainern wurde dadurch im Alltag im großen Maße erschwert, wofür sich manche an der Grenze arbeitenden Polen heftig schämen, wie ich es selbst erleben durfte.

¹ Hanna Bojar: "Przybysze ze Wschodu w społecznościach lokalnych pogranicza polsko-ukraińskiego – stereotypy i realia", in: Lubuskie Towarzystwo Naukowe (Hg.). Tom I, Zielona Gora 2003, S. 451-462, hier S. 460.

Was aber auch zu beobachten ist: Ein Vertreter des polnischen Außenministeriums machte im Sommer dieses Jahres bei einer polnisch-ukrainisch-deutschen Konferenz in Krylow (Polen)/Kreczow (Ukraine) deutlich, dass ein unbeschränkter, unkontrollierter Grenzverkehr zwischen beiden Staaten utopisch sei. Vor allem aus Kostengründen für die polnische Seite. Deutliche Worte, die von den regionalen ukrainischen Vertretern aber nicht gehört wurden, weil diese den Raum bereits verlassen hatten, nachdem sie ihre Forderungen nach mehr Handelsfreiheit artikuliert hatten.

Die Form des Dialogs, wie Sie der polnische Philosoph Jozef Tischner in seinen Predigten, Büchern und Interviews skizziert hat, sieht wohl etwas anders aus. Was nicht als einseitige Kritik an der Ukraine zu verstehen ist. Auch die deutschen Politiker mußten vor zwanzig Jahren bei der Ausarbeitung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrages lernen, dass von polnischer Seite echte Verhandlungen erwünscht waren und nicht nur ein Kopfnicken und kritikloses Absegnen der deutschen Vorstellungen. Eine Überheblichkeit wie sie auch heute noch ein bißchen in der deutsch-polnischen Beziehungen zu spüren ist, weshalb unlängst der frühere deutsche Außenminister Dietrich Genscher völlig zurecht forderte, Deutschland (und Frankreich) sollten Polen stärker in ihre Entscheidungen miteinbeziehen und Polen nicht so häufig übergehen.

Nun hat das ukrainische Parlament Anfang 2008 ein Abkommen mit der Europäischen Union ratifiziert, welches eine deutliche Vereinfachung der Visa-Vergabe vorsieht. Die Ukraine und die EU einigten sich vor fast drei Jahren darauf, dass ukrainische Staatsbürger künftig leichter in die Länder der Europäischen Union einreisen können. Diese Einreise-Erleichterungen sollten die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU stärken.

Doch deutsche Wirtschaftsexperten sehen die Effizienz dieser Stärkung mit Zurückhaltung. Offensichtlich genügt das Abkommen nicht. So forderte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, erst neulich in Bezug auf die Ukraine den möglichst schnellen Abschluss eines Assoziationsabkommens mit der EU. Mangold wörtlich: "Die auch von Präsident Janukowitsch grundsätzlich verfolgte Integrationsstrategie in die EU verliert neuerdings durch ukrainisch-russische Vereinbarungen an Klarheit und Tempo. Der Blick der Ukraine geht stark nach Osten. Hier muss die EU mit attraktiven Angeboten zur Bildung einer Freihandelszone mit der Ukraine aktiver werden."¹

Dass auch der militärische der Blick der Ukraine mittlerweile wieder

¹ "Deutscher Export nach Osteuropa brummt – Russland wichtigster Energielieferant": Wirtschafts-Nachrichten auf russland.ru vom 14.10.2010.

stark nach Osten geht, wurde im Sommer dieses Jahres deutlich, als das ukrainische Parlament unmittelbar vor einem Besuch der US-Außenministerin Hillary Clinton in Kiew die Pläne für einen Beitritt zur Nato endgültig zu den Akten legte. Die Abgeordneten votierten Anfang Juli in zweiter und letzter Lesung mit 259 von 450 Stimmen für ein Gesetz, das einen Nato-Beitritt verhindert und zugleich eine Bündnisfreiheit der ehemaligen Sowjetrepublik hervorhebt.

Das Gesetz, das auf die Initiative des Präsidenten Wiktor Janukowitsch zurückgeht, legt die "Grundprinzipien" der Politik fest, darunter "das Festhalten der Ukraine an einer Politik der Bündnisfreiheit, das heißt die Nicht-Beteiligung an militärisch-politischen Bündnissen"¹. Es verweist auf die "Fortsetzung einer konstruktiven Partnerschaft mit der Nato", erwähnt aber mit keinem Wort den Beitritt². Damit ist die vom früheren Staatschef Wiktor Juschtschenko angestrebte Mitgliedschaft in dem Verteidigungsbündnis vorerst wohl unmöglich.

An Militärübungen europäischer Nato-Länder will sich die Ukraine allerdings auch künftig beteiligen. Zudem bewirbt sich Kiew auch weiter um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Allerdings soll dem Ausbau guter Beziehungen mit Russland deutlich mehr Bedeutung beigemessen werden als unter dem im Januar abgewählten Juschtschenko.

Schwer abzuschätzen, wie gespalten die ukrainische Gesellschaft mittlerweile ist in ein pro-westliches Lager in den ärmeren Regionen des Landes und ein pro-russisches Lager im reicheren Süden und Osten. Wer die polnisch-ukrainischen Grenze besucht und passieren will, sollte jedenfalls genug Wartezeit mitbringen. Das Prädikat "schengenreif" kann man bei den ukrainischen Kontrolleuren beim besten Willen noch nicht anwenden. Mit dieser persönlichen Erfahrung ausgestattet, wundert es mich, wie diese Wartezeiten bei der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine aufgefangen werden sollen.

Das ist sehr schade, denn im Zeitalter der Globalisierung wirken derartige Grenz-Erfahrungen einhergehend mit Visumspflicht, Erfordernis von Arbeitserlaubnissen, Zölle und Importbeschränkungen für ausländische Produkte, Protektionismus und Subventionen für inländische Anbieter merkwürdig anachronistisch. Vielleicht ist es aber auch ganz anders: Vielleicht ist nicht die polnisch-ukrainische Grenze ein anachronistisches Missverständnis, sondern die Erwartungen, die man seit einigen Jahren mit dem Ausdruck "Globalisierung" verbindet: grenzenlos expandierende Märkte, uneingeschränkter Personenverkehr und Transport,

¹ Vgl. "Parlament lehnt Nato-Beitritt ab": Spiegel-Online Politik vom 02.07.2010.

² Ebd.

global governance. So dass man in Anbetracht der polnisch-ukrainischen Grenzrealität andersherum das Phänomen “Globalisierung” in Frage stellen könnte.

Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass die Ukraine in absehbarer Zeit eine politische Kursentscheidung treffen muss und treffen wird. Ob Ost oder West, ob Russland oder Europa – um es vorsichtig mit dieser an den Kalten Krieg erinnernden Terminologie auszudrücken. Obwohl die Verdienste und Erfolge der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber der Ukraine nicht geschmälert werden sollen, der “Aktionsplan” für eine engere Zusammenarbeit mit der Ukraine läuft bekanntlich seit dem Dezember 2004, also erst sechs Jahre, weist die aktuelle Entwicklung wohl in eine andere Richtung. Nämlich in Richtung globalisiertes Russland.

Wenn es der Bevölkerung und der Entwicklung des Landes hilft: Warum eigentlich nicht? Die Mehrheit der Wähler in der Ukraine scheint dies zu wollen. Die junge, mit Europa-Erfahrungen ausgestattete Polit-Elite des Landes scheint der Vorstellung auch nicht vollkommen abgeneigt gegenüberzustehen. Während andere ukrainische Politiker vor dem russischen Imperialismus leidenschaftlich warnen. Die polnisch-ukrainische Grenze würde dadurch als Brücke zwischen Russland und der EU noch wichtiger werden.